

# Forwörs

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pfg. Frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit nächster Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Woch-  
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 betragen für die sechsgeheften Rotations-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pfg.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntagabend, den 30. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Ein Militärurteil in Oestreich.

Die Wechsel der Prinzessin Luise von Koburg.

—st— Wien, 28. August. Ein Drama, dessen Ursprünge in die böhmischen Kreise reichen, hat gestern seinen vorläufigen Abschluß gefunden: Geza Mattachich, der einstige Oberlieutenant und Geliebte der Prinzessin Luise von Sachsen-Koburg-Gotha, ist begnadigt worden und hat gestern die Strafanstalt Möllersdorf, wo er drei Jahre und acht Monate gefangen gehalten wurde, verlassen. Die Verurteilung dieses Offiziers erfolgte zwar wegen eines gemeinen Verbrechens, der Fälschung von Wechseln, aber der ganze Lauf der Verfolgung charakterisiert sie als eine Art ungewisser Rabinettjustiz, zu dem die Möglichkeit die verbotene geheime Militär-Strasprozedur geboten hatte. Die merkwürdige Affaire verdient es wohl, mitgeteilt zu werden.

Geza von Mattachich-Keglewich — so hieß er, bevor ihm die Verurteilung mit der Freiheit den Adel nahm — war der Günstling der Prinzessin Luise, bekanntlich eine Tochter des Königs der Belgier und einer Schwester der ehemaligen Kronprinzessin Witwe Stefanie. Deren Ehe mit dem Prinzen Philipp von Koburg war nicht die glücklichste, und die Ständekrone der Welt, in der man sich nicht langweilt, war schon vor dem offiziellen Bruch voll von allerlei merkwürdigen Geschichten, deren Heldin die ebenso interessante als lebenslustige Prinzessin war. Da ihr der feinerliche Prinz nur eine ganz bescheidene Kapanage aussetzte, die Dame aber sehr verschwendungssüchtig war, geriet sie in Schulden und dadurch in Verbindung mit allerlei Unzweckern, die der Königsstochter unter den „Ablichen“ Bedingungen Wechsel eskompitierten. So wurden von ihr im Juni 1897 fünf Wechsel im Gesamtbetrag von 575 000 Gulden begeben. Als diese Wechsel zur Zahlung kommen sollten, trugen sie zwei Unterschriften: nebst der der Prinzessin auch die ihrer Schwester, der Kronprinzessin-Witwe, die damals selbst in argen Geldnöten steckte. Es entstand der Verdacht — und zwar entstand er wie auf kommando des Prinzen Philipp, der sich natürlich seines Nebenbuhlers in der Gunst seiner Frau gern entledigt hätte — daß die Unterschriften gefälscht seien und über eine Anzeige der Geldgeber leitete die Wiener Staatsanwaltschaft die Untersuchung ein. Bevor sie aber zu einem entscheidenden Schritte gelangte, wurden die Wechsel vom Hause Koburg bezahlt — allerdings erst, nachdem König Leopold die Zahlung verweigert hatte und vom österreichischen Hofe auf den Prinzen ein Druck ausgeübt worden war. Trotzdem wurde Mattachich, der gerade im Begriffe war, zu seiner militärischen Dienstleistung einzurücken, in Arrest verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Das Kriegsgericht erkannte ihn der Fälschung beider Unterschriften schuldig — wohlgerneit beider! — und verurteilte ihn wegen Betrag zu sechs Jahren schweren Kerkers, Degradation und Adelsverlust. Das Urteil wurde am 22. Dezember 1898 gefällt und eine halbe Stunde nach der Kundgebung wurde Mattachich in die militärische Strafanstalt Möllersdorf als gemeiner Verbrecher abgeliefert.

Dieses Urteil war nun unzweifelhaft falsch: Das hat die zweite Instanz, das Militär-Obergericht, selbst ausdrücklich anerkannt. Ueber die von dem Verurteilten aus der Kerkerzelle eingebrachte Revision — denn die Wohlthat eines Verteidigers kennt der österreichische Militär-Strasprozess nicht — erkannte ein Jahr später das zweite Gericht (wir sehen, um den Lesern einen vollen Einblick in die Mysterien der österreichischen militärischen Rechtsprechung zu gewähren, das Urteil wörtlich her) folgendes:

Das I. und II. Militär-Obergericht hat nach Grund der Bitte des Verurteilten um Wiederaufnahme der Untersuchung vorgenommenen Revision befunden:

1. Das wesentliche der That dahin richtigzustellen, beziehungsweise einzuschränken, daß der Untersuchte nur das Akzept Ihrer I. und II. Hoheit der durchlauchtesten Frau Kronprinzessin-Witwe Erzherzogin Stefanie auf den bezogenen sechs Wechseln gefälscht und die Kommissionsgeschäfts-Inhaber Markus Spitzer und Friedrich Reichert um die Beträge von 375 000 Gulden, beziehungsweise 200 000 Gulden nicht gefälscht hat, sondern schädigen wollte.
2. Hinsichtlich der beabsichtigten Schadenshöhe und der aufgezählten strafbaren Handlungen es bei dem Urteil zu belassen, und
3. im übrigen das Urteil für gerechtfertigt erkannt.

Ravenhofer,  
 Feldmarschall-Lieutenant.

Für jeden Zurechnungsfähigen ist es klar, daß das zweite Urteil etwas ganz anderes sagt, als das erste. Wohl ist juristisch schon die Fälschung einer Unterschrift das Verbrechen, und die Schadensabsicht kommt strafrechtlich der Schädigung gleich. Dagegen verändert sich vollständig der Thatbestand, die Sachlage wird von Grund aus eine andre, wenn sich die Annahme, beide Unterschriften wären falsch gewesen, beide wären gefälscht worden, als hinlänglich erweist. Die Verdachtsgründe, aus denen auf die Fälschung beider Unterschriften geschlossen wurde, konnten einsehenderweise nicht auch zu der Meinung führen, es sei eine Unterschrift gefälscht worden; im Gegenteil: Wenn Mattachich nicht beide Unterschriften gefälscht hätte — mit falschen Wechseln nicht geschwindelt hätte — so hat er keine Unterschrift gefälscht; die „Fälschung“ — die Unterschrift der Kronprinzessin Witwe war nämlich thatsächlich falsch — mußte ein anderer vollzogen haben, und zwar jemand, der ein Interesse daran hatte, die Einlösung der Wechsel, aus deren falscher Unterschrift ein großer Standa drohte, sicherer zu machen. Trotzdem es also die juristische Logik gebot, das Urteil, dessen Voraussetzungen sich als falsch erwiesen hatten, zu kassieren und eine neue Untersuchung und

Verhandlung durchzuführen, trotzdem das Gesetz ausdrücklich bestimmt, eine neue Untersuchung habe stattzufinden, „wenn neuerherorgekommene Umstände vermuten lassen, daß dem Verurteilten ein Unrecht zugefügt worden sei“ — was in der Sache wortwörtlich zutrifft — belieh es das Obergericht bei dem Urteil und auch die dritte Instanz, der oberste Militär-Gerichtshof, wies das Begehren des Verurteilten ab. Mittlerweile hatte man die Prinzessin Luise in ein Irrenhaus gebracht, Mattachich also des Hauptzeugen beraubt — die Prinzessin, die jetzt in einer Anstalt in Dresden interniert ist, hatten Wiener Psychiater als vollständig normal bezeichnet, bis sich endlich das gefällige Gutachten einstellte, auf Grund dessen die Prinzessin entmündigt wurde — und so war den Bedürfnissen des Hauses Koburg Genüge getan worden. Mattachich, der die Fälschung nicht verübt hatte, war verurteilt und sollte es bleiben.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dem Oberlieutenant, dessen größtes Verbrechen es war, der Geliebte einer Prinzessin gewesen zu sein, schweres Unrecht getan worden ist, ergibt sich aus den weiteren Umständen dieser dunklen Affaire. Es beweist das eigentlich schon die Hartnäckigkeit dieser Verfolgung; man pflegt in Oestreich solche Affairen lieber zu vertuschen als zu verfolgen, und wenn Mattachich nicht vor ein geheimes Kriegsgericht hätte gestellt werden können, wenn man ein öffentliches Verfahren hätte riskieren müssen, so wäre der Prozess wohl nie geführt worden. Die Wechsel rührten doch von der Prinzessin her, sie waren auch sämtlich und auf den letzten Heller bezahlt, es war also niemand geschädigt worden und nach der Sachlage konnte auch niemand geschädigt werden: was soll also diese merkwürdige energische Verfolgung denn verursacht haben, wenn nicht der Wunsch, den unangenehmen Günstling aus dem Wege zu räumen? Daß dies der Zweck war, geht auch daraus hervor, daß man Mattachich die Einstellung der Untersuchung andot, wenn er sich verpflichte, Oestreich zu verlassen — und daß er es ablehnte, zeugt wohl nicht für seine Schuld. Daß man den Wunsch hatte, dem Skandal jenes Verhältnisses unter allen Umständen ein Ende zu setzen, beweist das merkwürdige Eingreifen des advocatorischen „Vertreters“ des Prinzen Philipp, der, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, als vom Kaiser bevollmächtigt auftrat, die Verhaftung des Mattachich veranlaßte und wohl auch den Richtern die verurteilende Ueberzeugung suggerierte. Von den sechs Jahren hat das Opfer der Koburgischen Rabinettjustiz drei Jahre und acht Monate abgehüllet, die Begnadigung, die gestern vom Reichs-Kriegsministerium erfolgte, darf wohl als das Eingeständnis erachtet werden, daß der gewesene Oberlieutenant zu Unrecht verurteilt worden ist.

Es ist nämlich keine laubläufige Begnadigung, die da ausgesprochen wurde, sondern die Kenntnis von diesen militärischen Urteilen und seinen sonderbaren Begleitumständen ist seit Januar dieses Jahres der Öffentlichkeit vermittleit worden, und das Urteil ist sowohl im Abgeordnetenhaus in Wien wie auch in Budapest energisch verurteilt worden und ist auch in der Delegation zur Sprache gekommen. Es war nämlich die „Arbeiter-Zeitung“ in den Besitz der Akten gelangt und sie hat in mehreren Artikeln den Sachverhalt der Öffentlichkeit vorgelegt, worauf der Abg. Daszhanoff in einer sensationellen Rede die Sache im Abgeordnetenhaus zur Sprache brachte. Auf die ersten Vorwürfe, die das öffentliche Gewissen im ungewöhnlichen Maße erregten, wußte die Kriegsverwaltung nur ein paar verlegene Ausreden zu stemmen: Die Darstellung der „Arbeiter-Zeitung“ sei eine „einseitige“! Wenn man sich also, trotz der socialdemokratischen Aktion, zu einer Begnadigung verstanden hat, so ist das, wie gesagt, der Durchbruch einer Erkenntnis, die außerhalb der militärischen Machthaber Gemeingut geworden ist: daß, teils aus Irrtum, teils aus böser Absicht, ein Unschuldiger verurteilt worden war! Welcher Qualität sonst der Mann ist, der der Koburgischen Nachsucht geopfert ward, ist gleichgültig; die Gerechtigkeit verbietet, jemand anders zu strafen, als nach dem Maße seiner Schuld. Und das Recht ist eine Einheit; wenn immer es verletzt wird, es wird der Gesamtheit geraubt.

Diese schwere Rechtsverletzung konnte nur auf dem Boden des österreichischen Militär-Strasprozesses verübt werden. Der militärische Strasprozess, nach dem in Oestreich-Ungarn im 20. Jahrhundert judiziert wird, ist die Theresianische peinliche Gerichtsordnung vom — 31. Dezember 1788: die Grundzüge dieses Rechtes stammen also, man kann nicht anders sagen, aus dem Mittelalter. In dem militärischen Verfahren giebt es keine Anklage, keine Verteidigung, ja bei der sogenannten Verhandlung ist der Beschuldigte überhaupt nicht zugegen! Wohl wird das Urteil von einem Richterkollegium gefällt, aber die Grundlage des Urteils: die Führung der Untersuchung, die Einholung der Thatakten, die Feststellung des Thatbestandes; all das, woran im Civil-Strasrechtsverfahren die verschiedensten Personen und Parteien mitwirken — das ist im Militär-Strasverfahren einem einzigen Menschen überliefert und ausgeliefert — dem Auditor. Er führt ganz allein die Untersuchung und sein „schriftlicher Vortrag“, das berühmte votum informativum, ist der ganze Inhalt der Verhandlung. Was im Civil-Strasverfahren durch die gemeinsame, einander ergänzende und kontrollierende Thätigkeit von Untersuchungsrichter und Vertreter des Angeklagten, von Staatsanwalt und Verteidigung, was durch die lebendige, den Thatbestand auflösende Verhandlung, was durch die Kritik aller Verdachts- und Entlastungsmomente zu Tage gebracht wird, das soll in diesem militärischen Verfahren ein einziger Mensch leisten! Seit einem Menschenalter ertönt immer dringender die Forderung nach Reform dieses grotesken, dem modernen Rechtsbewußtsein so fremden und unverständlichen Verfahrens, und noch ist auch nicht ein Entwurf zu erblicken! Die Entschuldigungen über den freveln Spruch des Agrarier Kriegsgerichtes, die Erkenntnis, wie dieses geheime Ver-

fahren die Möglichkeit zur schlimmsten Rabinettjustiz bietet, haben die Reform nun unabwiderbar gemacht. Aber zur Behebung für alle Staaten des modernen Militarismus mußte über die Affaire Mattachich berichtet werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August.

#### Zum Fall Angel

Die politische Sache, wegen der die Frau Angel unschuldig fast ein ganzes Jahr hat schwere Fellenhaft ertragen müssen, ist nun auf der bekannten Weise des gendarmerischen Administrativverfahrens erledigt worden. Es handelt sich dabei um zwei junge Leute aus den baltischen Provinzen, die in der Nacht auf den 24. Juni vorigen Jahres beim Ueberdrehen der Grenze der Libauer Gendarmen in die Hände fielen: Sie waren von dem Führer für ein paar Geldstücke verkauft worden. Eine Anzahl Gendarmen und Geheimpolizisten hatte mehrere Tage auf der Laner gelegen, dem man glaubte mit den beiden jungen Leuten einen guten Fang an Mitteilungen und Briefen an die baltische Organisation von den Gruppen im Auslande zu thun. Sie wurden mit Seilen gebunden und am selben Tage in das Gefängnis nach Liebau verbracht. Bei einem von ihnen fand man einen kleinen Schlüssel, der zu einem Koffer zu passen schien, der in derselben Nacht mit Wädhern und Zeitungen gefüllt an einer andren Stelle an der Grenze der Grenzwaache in die Hände gefallen war. Sonst lagen keine Beweise gegen die beiden Männer vor; auch der Schmuggler, der den Koffer hinübergeschafft hatte, konnte nicht bezogen, daß er ihnen gehöre. Die Gendarmen gingen nun daran, dem eine Stelle bei der Polizei beschaffen wurde, log dem Gendarmen-Obersten Wonschick den hinterbündelsten Unfluth über angebliche Wädhersdepots jenseits der Grenze vor. Dieser hatte schon lange nach einer größeren Campagne geschmachtet, die Rangenhöhung und Bruchschuß einbringen könnte; nun wollte er sein Glück versuchen. Nachdem er sich mit dem damals in Liebau anwesenden Chef der Gendarmen, dem Ministergehilfen Fürsten Swjatopolk-Witkoff, verständigt hatte, ging er ans Werk. Die Ortschaften gegenüber der Polangen und Arretungen — Bajorien und Nimmerfart — wurden mit verheißenen Gendarmen überflutet, die die Einwohner von Vojodren und Nimmerfart auszuschnüffeln und die Polizei zu verhandigen hatten, wenn einer von ihnen über die russische Grenze ging. Man wollte ein für allemal die Bewohner der Grenzorte davon abschrecken, einige Groschen mit dem Wädherschmuggel zu verdienen. Wie es die Praxis der russischen Regierung ist, war es ihre Einleit, an wen das Exempel statuiert wird, die Hauptsache ist, daß sie Mache haben kann, und wenn es auch eine sechzigjährige alte Frau ist, die auf die Folterbank gespannt wird. Die Frau wurde in eine dumpe Zelle gesteckt, und da sie in Liebau keine Verwandte hat, von denen sie mit Lebensmitteln hätte versorgt werden können, mußte sie buchstäblich von Wasser und Brot leben. Es begann die übliche Inquisition. Das erste ist, den Eingekerkerten müde zu machen. Das geschieht so, daß man ihn vollständig isoliert: er hat weder Wädhern, noch sieht er einen Menschen, man thut als ob man ihn ganz vergessen hätte. So vergehen 6 bis 8 Wochen, eine Zeit, an die diejenigen, die sie durchgemacht haben, mit Grauen denken. Nach diesen 6 bis 8 Wochen wird der Eingekerkerte zum Verhör gerufen; sieht man, daß er noch nicht willenlos und bekümt ist, dann wird er in die Zelle zurückgeschickt und er lauert dort auf seinem Schmel abermal sechs Wochen und Monate. Auf solche Art und Weise sollte auch Frau Angel gefügig gemacht werden. Da die alte Frau aber nicht die geringste Ahnung hatte, warum es sich handelte, und sie das auch zu Protokoll gab, so ließ man sie in ihre Zelle zurückführen, sie möge sich dort noch weiter überlegen und dem Gefängnischef melden, wenn sie sich nicht mehr sträuben wollte; man wartete, und so sah die Frau in ihrer Zelle einen Monat nach dem andern. Als man schließlich einsehen mußte, daß aus der ganzen Sache doch nichts herauszuschlagen war, wurde man mit den beiden Angeklagten auch so fertig: der eine, Ernst Molaw, erhielt sechs Jahre Sibirien, der andre, Jahnis Klawa, vier Jahre. Beide wurden Ende Juli per Etappe nach dem Moskauer Centralgefängnis gebracht und von dort geht jetzt die Reise über Samara der Grenze Asiens zu. Frau Angel wurde aber nach Halesowt verbracht, wo das Gefängnis ein noch bei weitem erbärmlicheres ist als in Liebau; sie mußte hier noch lange warten, bis sie nach Deutschland entlassen wurde.

Der Fall Angel ist nicht der einzige, wo die Gendarmen der Hofenstädte der baltischen Provinzen, Libau und Riga, deutsche Staatsangehörige überfallen haben auf den Verdacht hin, daß die Betreffenden verbotene Schriften mitgebracht hätten. Die Mannschaften der zwischen Stettin, Lübeck und Riga, Libau verkehrenden Dampfer können davon manches erzählen. Im Jahre 1897 ist es vorgekommen, daß der Gendarmen-Oberst Wajarenski in Libau deutsche Schiffsleute auf offener Straße überfallen hat. Auch damals ist von den Eingekerkerten der deutsche Konsul in Libau angerufen worden, mit demselben Erfolge, wie im Fall Angel. Die Festgenommenen sahen dort monatelang. Der Schreiber dieses war Augenzeuge, wie man mit ihnen umgegangen ist für einen Dolmetscher, der ihre Aussagen unparteiisch und wahrheitsgetreu hätte wiedergeben können, war nicht gesorgt, die Uebertragung lag in den Händen des Gehilfen des Gefängnischefs, eines gewissen Bentowski, dem die deutsche Sprache wohl nur vom Hörensagen bekannt war. Die Verhafteten zitierten über jedes Wort, das sie fallen ließen, denn sie waren nicht sicher, daß es nicht ver-

recht wurde. Man drohte ihnen mit den unmenslichsten Strafen, wenn sie nicht nach dem Bescheid des Obersten ausgingen, jedes dritte Wort war „Sibirien“, „10 Jahre Gefängnis“ usw. Unter den Unglücklichen war auch ein alter Mann, der sich ein Stockwerk niedriger unter unserer Zelle befand; ich hörte ihn oft nachts wie ein kleines Kind schluchzen. Sie wandten sich in ihrer Angst mit Bittschriften an den deutschen Vorkämpfer in Petersburg, an die Prinzessin von Oldenburg, selbst an die Kaiserin. Ob die Briefe an ihre Adressen gelangt sind? Jammern dürfte der deutschen Regierung die Praxis der russischen Behörden nicht ganz unbekannt sein. Nur dadurch, daß Deutschland zu den früheren Wegelagerern der russischen Behörden geschwiegen hat, hat sich die russische Regierung zu einer solchen Frechheit erdreisten können, wie sie sie bei der Gewaltthätigkeit gegenüber der gelben, schwachen Frau zu Tage gelegt hat.

### Einkommenstatistik und „Zukunftstaat“.

Es ist nachgerade eine der beliebtesten Salonscherzen geworden, die Unrichtigkeit des socialdemokratischen Programms statistisch zu beweisen. Wenn nun der offiziöse Herr Schweinburg aus der Thatsache, daß im Jahre 1892 nur 8,15 Proz. der Bevölkerung Preußens mit einem Einkommen von mehr als 900 M. zur Einkommensteuer eingeschätzt worden sind, im Jahre 1901 aber 10,17 Proz., auf einen steigenden Wohlstand der Bevölkerung schließen, so gehört das schließlich zu seinem Handwerk. Daß aber auch Herr Eugen Richter trotz seiner unbestreitbaren Kenntnisse auf finanzpolitischem Gebiete in seiner „Freisinnigen Zeitung“ den Schwindeln mitmacht, kann ihm nicht zur Ehre gereichen. Die amtliche „Statistische Korrespondenz“, die doch auch ein hervorragendes Interesse hat, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in recht rosigem Lichte darzustellen, war bekanntlich immerhin gewissenhaft genug, darauf hinzuweisen, daß die größere Vervollständigung der Veranlagung die auffällige Minderung der untersten Einkommensklassen wenigstens zum Teil erkläre. Was übrig bleibt, wird durch die zunehmende Zahl der Erwerbshilftigen und die steigenden Kosten der Lebenshaltung mindestens auch wieder zum Teile aufgevoßen. Der Bruchteil der Bevölkerung also, der die Hungergrenze des Existenzminimums im letzten Jahrzehnt überschritten hat, muß bei einer kritischen Verwendung des vorliegenden Jahesmaterials außerordentlich gering erscheinen. Die „Freisinnige Zeitung“ will nun aber in jener Einkommensteuerstatistik einen Beweis gegen die Behauptung des Erfurter Programms erkennen, daß die Zahl der Proletarier immer größer werde. Sie betrachtet den Proletariat offenbar als einen steuerrechtlich definierten Begriff. In Wirklichkeit aber ist er das natürlich nicht. Ebenso wenig ist die Grenze des Existenzminimums ein für allemal festzulegen. Könnte beispielsweise eine Statistik allgemeine Geltung beanspruchen, die der Fabrikinspektor von Schwaben und Neuburg für Augsburg aufgestellt hat, derzufolge dort von 1893 bis 1900 die Preise aller Lebensmittel um 4—20 Proz. gestiegen sind, dann müßte man das steuerfreie Existenzminimum, das angeblich den Proletarier charakterisieren soll, heute gleichfalls um etwa 10 Proz. höher stellen als im Jahre 1892.

Was aber Eugen Richter mit seinen unantaglichen Mitteln, wenn sie tauglich wären, ebenfalls beweisen könnte, das wird von der Socialdemokratie gar nicht in Abrede gestellt. Sie bezweifelt nicht, daß eine verbesserte Lebenshaltung der Arbeiterschaft auch unter der kapitalistischen Herrschaft möglich ist und sich teilweise auch wirklich eingestellt hat. Trotzdem bleibt die Thatsache bestehen, daß noch immer die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung unter der Hungergrenze steht. Die „Freisinnige Zeitung“ hat sich auch den Scherz geleistet, zu sagen, wie wenig dabei herauskommen würde, wenn man alles teilte. Wenn man den Leuten mit mehr als 3000 M. Einkommen alles nähme, was über 3000 M. hinausgeht, so würde dabei jede Familie „nur“ 270 M. jährlich profitieren. Herr Richter, der offenbar vor dem Teufel noch immer Angst hat, findet eine solche Verbesserung nicht der Rede wert. Dem sie bedenklich „nur“ eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für die Arbeitsstunde. Da aber der „socialdemokratische Zukunftstaat“ ein geringeres Gesamt-einkommen haben würde, da ja „mit dem Fortfall des Anreizes, eine Lebenshaltung mit mehr als 3000 M. zu erreichen“, die Anspannung der Kräfte nachlassen würde, würde auch diese Verbesserung in Wegfall kommen. Wenn man sich schon mit Herrn Richter in seiner socialpolitischen Rindersprache unterhalten will, so mag der Hinweis darauf genügen, daß 95,70 Prozent der Bevölkerung bislang ein Einkommen unter 3000 M. haben, daß für etwa 80 Proz. von ihnen ein Einkommen von mehr als 3000 M. eine vollkommen utopische Vorstellung ist, daß etwa 70 Proz. der Bevölkerung direkt im Arzengand gekippt werden müßten, fühlten sie „den Anreiz, eine Lebenshaltung von mehr als 3000 M. zu erreichen“. Selbst jene Krone aller Unsinnsigkeiten also, Richters socialistischer Zukunftstaat, würde für die ungeheure Masse der Bevölkerung immer noch gegenüber den heutigen Verhältnissen einen unansehnlichen Profit bedeuten. Vergebens versucht man aus der Phantasie ein Bild zu konstruieren, welches an Mäßigkeit jenes überbiete, das uns von der geläuteten Einkommenstatistik geliefert wird! —

### Die Fleischnot.

Auch in Berlin ist ein fortwährender Rückgang des Fleischkonsums festzustellen.

Die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Schlachthofes sind in den letzten 12 Monaten ununterbrochen zurückgegangen, während sie sonst in den letzten Jahren entsprechend der wachsenden Bevölkerung regelmäßig von Monat zu Monat zu steigen pflegten. Die Gesamtzahl der im Monat Juli dieses Jahres geschlachteten Tiere betrug auf dem städtischen Schlachthofe nur 127 247 Stück, gegen 132 357 Stück im Monat Juli 1901 mithin 5110 Stück weniger. Im Monat August haben die Schlachtungen weiter abgenommen.

Auch der amtliche Bericht über das Veterinärwesen im Königreich Sachsen giebt die Abnahme der Schweine-schlachtungen um mehr als fünf Prozent gegen das Vorjahr zu und bedauert diese Thatsache mit Rücksicht auf die Volksernährung. Der amtliche Berichterstatter erklärt ausdrücklich, daß bei dem Auftreten ähnlicher Erscheinungen im ganzen Reiche die Ursache derselben nur auf einen Mangel an geeigneten Schlachtschweinen zurückzuführen sei.

In Dresden erließ gestern die Fleischermnung im Schutz-zöllnerischen Antisemitischen eine Bekanntmachung, wonach sie die Fleischpreise erhöhen muß.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Zur Fleischsteuerung hielt die hiesige Fleischer-Zunft eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, das Publikum über die Erhöhung der Fleischpreise, die durch den derzeitigen Stand der Viehpreise verursacht sei, in zweckentsprechender Weise aufzuklären. Ein einheitliches Vorgehen bezüglich der Festsetzung der Fleischpreise wurde nicht gutgeheißen, vielmehr soll es bis auf weiteres jedem Metzgermeister überlassen bleiben, nach eigenem Ermessen zu handeln. Was die Viehpreise anlangt, so halten sich dieselben seit Jahren auf einer ganz außerordentlichen Höhe. Die verschärfen Einfuhrbedingungen, welche mit dem Inkrafttreten des neuen Fleischbesam-Gesetzes vom 1. Oktober ab Geltung haben werden, dürften zudem die Düsseldorfer Fleischpreise noch weiter beeinflussen. Da hierdurch die Einfuhr holländischen Fleisches erschwert werden wird.

Aus Offenbach a. M. wird uns berichtet: Die hiesige Stadt-verordneten-Versammlung nahm am Donnerstagabend einstimmig einen Antrag des Genossen Orb an: Der Ober-Bürgermeister wird namens der Stadtverwaltung beauftragt, bei der hessischen Regierung vorstellig zu werden, daß diese beim Bundesrat den Antrag auf Aufhebung der Grenz-sperrung auf Schlachtwich stellt und um Veseileumigung dieser Angelegenheit ersucht. Zugleich kündigte der Antragsteller an, demnächst einen Antrag auf Aufhebung des Octrois auf Schlachtwich z. eingubringen, weshalb die Bürgermeisterlei eine Be-rechnung des Ausfalls dieser Einnahmeposten vornehmen möge. — Auf Dienstag, den 2. September, ist hier eine öffentliche Volksversammlung anberaumt, in der der Fleischnot und ihre Ursachen zur Besprechung steht! Wie sehr sich diese Fleischnot gerade auch hier fühlbar macht, zeigt der Preis für Schweinefleisch, der jetzt schon seit über acht Tagen 90 Pf. pro Pfund beträgt.

In Frankfurt a. M. beschloß eine stark besuchte öffent-liche Versammlung nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten Hoch einstimmig eine entsprechende Protestresolution gegen die Erhöhung der Fleischpreise und ersuchte die Abgeordneten, im Reichstage für Aufhebung der Grenzsperrung und Beseitigung der Viehzölle einzutreten.

Aus Stuttgart wird uns telegraphiert: Im Gemeinderat beantragten die socialdemokratischen Vertreter, die Stadtverwaltung solle in kürzester Zeit Maßnahmen gegen die ganz erhebliche Steigerung der Fleischpreise treffen und durch den Einfluß der Landesregierung auf den Bundesrat dahin wirken, daß die Grenzabsperzung für Vieheinfuhr aufgehoben werde. Die württembergischen Städte sollen unter Stuttgarts Führung sich den Bestrebungen anderer Städte anschließen. Der Oberbürgermeister Gauß erwiderte, er halte es für eine Aufgabe der Stadtverwaltung, für die Versorgung der Einwohnerei durch Lebensmittel einzutreten. Er halte es aber für wünschenswert, auf Grund der Erhebungen des Statistischen Amtes, die ihrem Abschluß nahe seien, sorgfältig fundierte Einwände gegen den Widerstand in Berlin vorzubereiten.

Ein gleichartiges Vorgehen der socialdemokratischen Gemeinderats-mitglieder wird aus München gemeldet.

### Kalajew.

Die Ueberantwortung des Studenten Kalajew an die russischen Gensersnechte setzt allgemach alle offiziellen Federn in Bewegung. Auch die Münchener „Allgemeine Zeitung“ unternimmt in einem längeren Artikel eines Berliner Korrespondenten den Versuch einer Verteidigung der preussischen Regierung. Dieser Versuch beschränkt sich aber auch hier nur auf wahrhaft kindische Verdrehrungsmanöver. Der Offiziosus sagt:

Zunächst wird die Sache so dargestellt, daß der flüchtige Ver-setter den Eindruck empfangen muß, als ob Kalajew sich nicht nach deutschem, sondern nur nach russischem Gesetz strafbar gemacht habe. Das ist falsch. Wäre Kalajew nicht Russe, sondern deutscher Reichsangehöriger ge-wesen, so wäre genau ebenso das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden, wie es jetzt geschehen ist. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Staatsanwaltschaft dem Ausländer gegenüber von dem Recht Gebrauch machte, das Material der Untersuchung, sobald sich der Verdacht hinreichend bestätigt hatte, der Landespolizeibehörde zu übergeben, die sodann die Ausweisung verhängte.

Der unmissige Lärm um wird herbeigetragen, um die Aus-lieferung zu beschleunigen. Hätte Kalajew sich einer nach deutschem Gesetz strafbaren Handlung schuldig gemacht, so müßte ihn die Staatsanwaltschaft in Anklage verlesen und dem deutschen Gericht die Aburteilung zuweisen, auch wenn der Beschuldigte nicht Reichsangehöriger, sondern Ausländer wäre. Und jedenfalls würde es für Kalajew, wenn er nach deutschem Gesetz strafbar wäre, weit günstiger gewesen sein, in deutschen Strafprozess und nach dem deutschen Strafgesetzbuch verhandelt zu werden, als der russischen Willkür und blutdürstigen Grausamkeit zu verfallen.

Die „Allgemeine Zeitung“ erklärt weiter, die Auslieferung Kalajews sei gerechtfertigt auf Grund der Abmachungen, welche die Regierungen unter einander getroffen hätten zum Schutz gegen anarchistische Attentate. Nur eine Publizistik, die jede Empfindung für die Ehre ihres Berufs verloren, vermag die Wesämpfer des russischen Absolutismus auf eine Stufe zu stellen mit Individuen, die in parlamentarisch regierten Ländern wahrwürdige Luthaten an gleichgültigen und politisch schuldlosen Personen ver-richten. Aber Kalajew ist überhaupt nicht „Anarchist“, sondern russisch-polnischer Socialist. Er hatte, wie nenerdings der „Bresl. Volksrecht“ bekannt wird, socialistische Schriften in polnischer und russischer Sprache bei sich, als er verhaftet wurde. Der „Anarchismus“ des Studenten wurde „erwiesen“, indem der von der preussischen Polizei herbeigeholte russische Gendarmerie-kapitän „bezeugt“, daß die beschlagnahmten Schriften „staats-gefährlich (für Rußland) und anarchistisch“ seien, und auf Grund dieses schlichten Zeugnisses wurde die Auslieferung durchgeführt. Die Abscheulichkeit des Verfahrens zeigt sich um so erschreckender, je mehr alle Einzelheiten desselben bekannt werden.

Es ist auch auf die besonderen Ortsverhältnisse hinzu-weisen, in denen der Schergenendienst für die heilige Amte verrichtet wurde; es wird hierüber berichtet:

Wer die Ortsverhältnisse in Myslowitz kennt, der weiß, wie eigenartig sich eine Ausweisung nach Rußland gestalten muß. Myslowitz liegt an der Dreikaiserrede, übrigens der einzigen Stelle in der Welt, wo an einem Punkte drei Kaiserreiche zusammenreffen. Vom Myslowitzer Polizeirevier führt ein Güter-train zum Einfuhrbahnhof nach Oesterreich und nach Rußland je zehn Minuten. Diese zehn Minuten nach Oesterreich über-den Bahndamm sich eventuell mit Polizeibeamten zu be-gleiten, ist dem Studenten Kalajew verweigert worden. Nach Rußland gelangt man von Myslowitz nur über die große Przemsa-brücke, da der Przemsafluß die Grenze bildet. An dieser Brücke steht die russische Grenzwaage, der Eintritt in das Land ist nur gegen Vorweisung eines Passes möglich, die Ausweisung nach Rußland kann daher nur erfolgen, indem Kalajew der Grenz-waage übergeben wurde. Das nennt man mit seiner Unter-scheidung Ausweisung nach Rußland und leugnet eine Aus-lieferung an Rußland ab. —

Das Volkstheater, in dem Regierung und Ueberzöller mit ver-tenkten Rollen tätig sind, dauert auch in der jetzigen Pause der parlamentarischen Beratungen fort. Eine Korrespondenz verbreitet über die Stimmung, die bezüglich des Politariffs in der Regierung herrschen sollte, folgendes:

In Schoke der verblühten Regierung soll die Hoff-nung so gut wie aufgegeben sein, daß auch dem Labrint des Politariffs ein geeigneter Weg zur Abschließung brauchbarer Handelsverträge führen werde. Gewinnt diese pessimistische Auffassung aber noch mehr Oberwasser, dann schwindet auch bei der Regierungseite die Lust zu Konzessionen an die Kommissionsmehrheit. Trotzdem wird freilich regierung-seitig auf der Durchberatung des Entwurfs in der Kommission und im Plenum des Reichstags bestanden werden. Graf Wilsow, Graf Fossakowitch erhalten eben die gewünschte Quittung, daß mit diesem Reichstage

der Poltariff nicht fertigstellen ist. Auf Grund des bisherigen neuen Entwurfs wird in Unterhandlungen mit den andren Ver-tragsstaaten eingetreten werden.

Durch solche Rote sollen die Agrarier zur Nachgiebigkeit ge-drängt werden. Man sagt ihnen: Wenn ihr nicht nachgibt, so kommt der Tarif überhaupt nicht zu Stande und die Landwirtschaft hat das Nachsehen.

Die Agrarier wiederum, das Centrum sowie die Konservativen, spielen andauernd die ehern Unentwegten und fordern, daß die Regierung den überzöllnerischen Forderungen weichen solle, sonst verliere sie alles Vertrauen bei der „Landwirtschaft“ und die Stellung des Grafen Wilsow werde erschüttert.

So sucht man sich gegenseitig zu bedrohen und man droht so festig, daß man fast vergißt, daß nur Theater gespielt wird? —

### Polktieg auf der Centrumparade.

Die heftige Gärung, die sich innerhalb der christlichen Gewerk-vereine gegen die Zollwucher-Politik bemerkbar macht und die schon in zahlreichen Versammlungen und Zeitungsartikeln explodierte, ver-riet in der Donnerstagstagung der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auch eine Auseinandersetzung, die sich zwischen dem Arbeitsekretär Giesberts und dem bayerischen Centrums-agrarier Dr. Heim abspielte. In einem längeren rednerischen Streitgespräch kam es freilich nicht, da die Geschäftsordnungs-guillotine einer „Debatte in dieser Form“ jäh ein Ende bereitete. Allein das kurze Wetterleuchten wickte auch so in der frischen Atmosphäre der nur durch trampfartige Kalauer für Augenblicke stimulierten schlaftrigen Versammlung anfrüttelnd genug.

Es handelte sich um die Erörterung des Themas „Arbeits-lofigkeit“, zu dem folgender, von einem Ausschuss empfohlener Antrag vorlag:

Die Generalversammlung lenkt die Aufmerksamkeit der katho-lischen Socialpolitiker auf die infolge des Niederganges der Industrie neuerdings wiederum eingetretene Arbeitslosigkeit, die zu einer bedauernswerten Begleit-erscheinung der industriellen Entwicklung geworden ist. Als Mittel und Wege zur Verhütung der Arbeitslosigkeit wie zur Milderung ihrer harten Folgen sind vor allem zu empfehlen der Ausbau des Arbeitsvermittlungswesens, die Verkürzung der Arbeitszeit an Stelle von Arbeiterentlassungen; ferner Vereinfachung von Mitteln zur Ausführung von Kostbararbeiten durch staatliche und kom-munale Verwaltungsbürokratie. Des weiteren sind, um den un-verdienten arbeitslosen Arbeiter vor den Folgen der Arbeits-lofigkeit zu schützen, Institutionen zu schaffen, unter Heranziehung von Arbeitern und Arbeit-gebern, Staat und Gemeinden, welche dem Arbeiter die Möglichkeit bieten, sich durch Ver-sicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Dieser Resolution wollte Dr. Heim noch ein agrarisches, die Zöllnerpolitik des Centrums sanktionierendes und anfeuerndes Schwänzen folgenden Inhalts angefügt haben:

Gleichzeitig bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß sie in einer kräftigen Abhilfe der traurigen Lage der Landwirtschaft eine der besten Mittel erblickt, um die Ab-wanderung ländlicher Arbeitskraft nach den Städten und Industriezentren und der daraus folgenden Arbeitskonkurrenz zu vermindern.

Weniger gegen diesen Zusatzantrag selbst als gegen dessen Be-gründung im verhängenen Schöps des vorbereitenden Ausschusses, der, wie Dr. Heim erklärte, auch diesen Antrag gebilligt habe, wendete sich mit einer auf den Centrumparaden bisher wahrschein-lich merkwürdigen Schärfe der Kölner Arbeitsekretär Giesberts, der ausführte:

Ich bin nicht grundsätzlich gegen den Zusatzantrag, ich bin aber der Ansicht, daß er nicht an diese Stelle gehört. Deshalb erlaube ich, den Zusatzantrag abzulehnen. Es sind gestern im Ausschuss einige Aeußerungen gefallen, die ich wegen der Kürze der Zeit nicht mehr zurückweisen konnte, ich sage mich aber genötigt, dies hier nachzuholen. Es ist gesagt worden: die Arbeiter fahren, wenn sie Geld ver-dienen in Droschken. Ich bemerke: die Maurer und Arbeiter sind ebenso berechtigt, für ihr Geld Droschke zu fahren, wie die fettirrenden Agrarier. (Weringeltes Bravo). Es ist ferner im Ausschuss gesagt worden: der Arbeiter hat kein Recht auf Arbeit. Ich muß als Arbeiter dagegen Protest erheben. Soll der Arbeiter bloß die Pflicht zur Arbeit haben und wenn er keine Arbeit hat, das Recht zu verhungern? Ich bedauere die erwähnten Aeußerungen, die ich als Arbeiter nicht unwiderrprochen lassen kann. (Weringeltes Bravo).

Auch der Vorsitzende des christlichen Vergarbeiter-Vereins, August Wurst (Münchener), erklärte:

Ich schliche mich den Ausführungen meines Freundes Giesberts vollständig an und muß eben-falls rufen, den Zusatzantrag des Dr. Heim, schon der Form wegen, abzulehnen. Der Zusatzantrag paßt jedenfalls nicht zum Thema der Arbeitslosigkeit. Wenn die Landwirtschaft den Arbeitermangel bekämpfen will, dann thut sie am besten, daß sie ihre Arbeiter auskömmlich bezahlt. (Weringeltes Bravo).

Der Zusatzantrag des Dr. Heim gelangte trotzdem gegen etwa zehn Stimmen zur Annahme.

Diese Episode, so belanglos sie an sich erscheinen möchte, ver-dient immerhin Beachtung. Auf der Versammlung selbst soll sie geradezu Sensation erregt haben. Dr. Heim soll über den Wider-spruch aufs höchste erregt gewesen und nur mit Mühe zu beruhigen gewesen sein. Schließlich soll man ihn sogar aus dem Saale haben geleiten müssen, so war dem Worte die Tonart der Erklärungen der Arbeitervertreter auf die Nerven gefallen. Offenbar glaubte er sich in den Reichstag und social-demokratischen Gegnern gegenüber verlegt. Und wie ihm mag es einem großen Teil der hochwürdigen Versammlung gegangen sein, denen mit einemmal die Augen darüber aufgingen, daß sie in den christlichen Gewerkschafts-Organisationen möglicherweise eine Schlange an ihren Büßen projizieren.

Die Herren Giesberts und Wurst selbst wendeten sich nicht principiell gegen den Antrag. Wenn sie ihn trotzdem so ent-schieden bekämpfen zu müssen glaubten, so verriet das die Furcht vor ihren Auftraggebern, der Masse der christlichen Gewerk-vereiner. Diese Furcht zwang sie, formale Gründe vorzu-schieben, um den Zusatzantrag bekämpfen zu können. Um die Schwächlichkeit dieses Standpunktes zu verdeutlichen, ergingen sie sich in unsso stärkeren Ausführungen gegen allerlei Krüchereien in der Ausschusssitzung, die allerdings alles eher als Verständnis für auch nur die elementarsten Forderungen der Arbeiterklasse verraten haben müssen. Interessant ist dabei, daß in der Ausschusssitzung den Vertretern der christlichen Gewerk-vereine ebenso wenig eine genügende Redefreiheit gewährt wurde, wie in dem Plenum der Versammlung, wo man den Giesberts und Wurst einfach das Wort abhännt und wo sie durch die pfäfflich-agrarische Majorität einfach glatt niedergestimmt wurden.

Wir sind weit davon entfernt, die in der Sache schwächliche, wenn auch in der Form kräftige Opposition gegen den Zollwucher und die Arbeiterbeschädigung des Centrums zu überschätzen. Aber daß die Giesberts und Wurst dem Katholikentag ein solches Argemüß bereiten müßten, beweist, wo die Achillesferse des Centrums liegt und wo die Hebel unserer Agitation angelegt werden können. —

Wettere Sühnopfer der Duellfeier. Aus Gumbinnen wird gemeldet: Die Vorgesetzten der gemäßigten Offiziere, der Regimentskommandeur Oberstleutnant Weiß und Major Dieckhoff, sind ersucht worden, ihr Abschiedsgesuch einzurücken, was auch sofort geschehen ist.

Wenn es richtig ist, daß der Oberstleutnant und der Major persönlich gänzlich unbeteiligt an der Duellfeier gewesen sind, wenn die Maßregelung sie nur trifft, weil in ihrem Truppenteil die Duellverherrlichung für Lieutenant Hildebrand geschah, so kann ihre Verabschiedung gerade von denen nicht gebilligt werden, die das Duell und die Duellverherrlichung am rücksichtslosesten verwerfen.

Es scheint nun bei einer oberen Militärinstanz ein Akt Maßregelung zu beabsichtigen, welcher die erregten öffentlichen Meinung ausbrechen zu sein. Anstatt aber unbeteiligte Truppenführer auf Kosten von pensionierten, sollte die Militärbehörde ihre Verantwortlichkeit für Begnadigungen von Duellanten schießen! —

Löhning. Zur Löhning-Affäre geht eine Mitteilung offiziösen Ursprungs durch die Presse. Herr v. Rheinbaben ist von der Reise zurückgekehrt und hat besunden, daß der Oberpräsident v. Bitter Oberpräsident in Posen bleiben soll. Herr v. Bitter ist also offenbar trotz seiner Aeußerung, daß die Polenpolitik dem Steuerdirektor Löhning nicht den Hals brechen könne, als hinreichend polenpolitisch besunden worden.

Auf den Vorwurf der Unwahrheit, den Herr Löhning gegen ihn erhob, verbarat der Minister auch nach der Ferienkräftigung in Schweigen.

114 Schritt in der Minute. Man meldet: Die Schritteprobe für die am Sonnabend stattfindende Parade wurde am Donnerstagabend mittags von 3 Uhr ab auf dem Tempelhofer Felde abgehalten. Unter Leitung eines Adjutanten vom Generalkommando wurde der Marsch mit 114 Schritt in der Minute eingelebt. Dies geschah zunächst brigadenweise, dann vor der einsamen Pappel in der Gemarkung.

Welche Zeit wird durch diesen ganz überflüssigen Drill vergeudet? Seit wieviel Wochen mögen die Regimenter, Bataillone und Compagnien diesen Parade-Marsch — 114 Schritt in der Minute — im Schweiße ihres Angesichts geübt haben. Die Dienstzeit muß doch ausgefüllt werden. Ob man auch in dem Tempo von 114 Schritt in der Minute gegen den Feind anrücken wird? Oder ob man einmal in diesem stolzen Heldenschritt den Rückzug antreten wird? Was lehrt der Boererkrieg? Parade-Marsch, 114 Schritt in der Minute! —

Die Wismar-Begeisterung, die nur bis an den — Geldbeutel geht und über die wir eben nach dem „Hamb. Fremdenbl.“ ein erhebendes Exempel berichten konnten, zeigt sich ebenso drastisch auch anderswo, soweit solche „Internä“ überhaupt an die Öffentlichkeit kommen. So wird uns aus Erfurt berichtet, daß der dortige Wismar-Kolonnen-Verein seine Wismar-Begeisterung sogar so weit treiben wollte, an die Stadt Erfurt seine — Schulden zu verpfänden. Der genannte Verein hatte, mit großem Lamtam natürlich, Erfurt auch mit so einer Wismar-Sänke beschenken wollen, es auch so weit fertig bekommen. — Nur schade, daß er noch 2500 M. Schulden von dem Bau hatte. Vor kurzem drängte es nun und er wollte den ganzen Kumpel mit den — Schulden, wie gesagt, der Stadt Erfurt „schenken“. Die Stadtdirektion ist aber so vernünftig, nur schuldenfreie Geschenke zu acceptieren und hat das naive Ansuchen daher vorerst dankend abgewiesen, bis die besagten 2500 M. Schulden getilgt sind. Für diese 2500 M. wird jetzt mit den patriotischsten Gründen besonders bei den Erfurter Handwerkern gesnorrt. Es kann lange dauern, bis sie zusammen sind und die Wismar-Begeisterung befreit von den engenden Schuldfesseln wieder ungehemmt dahinfluten kann. —

Weimar, 28. August. (Eig. Ber.) Eine ganz ungewöhnliche Erregung hat die hiesige Lehrerschaft ergriffen. Seit langem sind hier die Lehrer und in allererster Linie natürlich die Volksschullehrer demütigt über die durch die wachsende Schülerzahl, wie kaum wo anders im Großherzogtum, obwohl in ihm überall die Lehrerzahl zurückgeht und die Schülerzahl enorm wächst. Jetzt hatten endlich der Gemeindevorstand und Volksschulvorstand ein Einsehen und hatten bei der Regierung die Zuweisung zweier neuer Lehrer zum 1. Oktober beantragt. Weit gefehlt, daß die Regierung auf dies billige Verlangen irgendwie einginge, ist sie gerade entgegengekehrt vorgegangen! Sie hat angeordnet, daß vom 1. Oktober ab die Volksschullehrer der Stadt wöchentlich zwei Unterrichtsstunden mehr zu geben haben, und daß die durchschnittliche Stundenzahl, die jeder Volksschullehrer wöchentlich unterrichten muß, auf 29 Stunden erhöht wird. Diese Anordnung soll aber noch dazu nicht eine vorübergehende, sondern eine dauernde sein und die Lehrer sollen für diese Mehrleistung auch keine Entschädigung erhalten! Und das alles lediglich aus Sparmaßregeln, weil für die Schulen im Staate Goethes und Schillers kein Geld mehr da ist!

Die Lehrer Weimars zeigen nun aber erfreulicherweise diesem rigorosen Vorgehen gegenüber einiges Rückgrat. Sie haben zunächst in einer gemeinsamen, wohlbegründeten Demonstration an die Regierung unterm 15. d. M. sich gegen diese Anordnung energisch ausgesprochen und eine Menge pädagogische und hygienische Gründe dagegen geltend gemacht. Dem Schulinspektor gegenüber haben sie jedoch, da jede Verhandlung über eine Änderung des Stundenplans, die durch Verbleiben der neuen Anordnungen der Regierung notwendig ist, abgelehnt, bis auf die überreichte Denkschrift eine Antwort der Regierung eingetroffen sei. —

Heber ein russisches Terroristenkomitee, auf dessen „Auftrag“ hin das Attentat auf den Gouverneur von Charkow unternommen worden sei, wurden in der Presse in den letzten Tagen eingehende Berichte verbreitet. Ein „Augenzeuge“ gab z. B. nicht nur eine ganz genaue Schilderung der Vorgänge des Attentates, sondern auch über das Verhör der Verhafteten, das doch sicher unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden hat, wurden bis ins kleinste detailierte Angaben gemacht. Wir haben von diesen Berichten keine Notiz genommen, weil sie uns zu deutlich den Stempel der Unwahrscheinlichkeit zu tragen schienen. Wenn ein terroristisches Komitee existiert, in dessen Auftrag politische Attentate in Rußland vollführt werden, so wird daselbe sorgfältig vermeiden, sich durch Verbreitung derartiger Sensationsberichte in ein äußerst zweifelhaftes Licht zu setzen.

## Ausland.

### Schweiz.

#### Die Neuwahlen in Auserhild.

Zürich, 28. August. (Eig. Ber.) Die auf nächsten Sonntag für Auserhild angelegten Neuwahlen finden unter ganz außerordentlichen Umständen statt. Die bürgerlichen Gewerke sind nämlich ganz feige und mutlos geworden, der durch die Kassation der 27 sozialdemokratischen Wahlen vom Kantonsrat ihnen zuliebe ausgeführte Gewaltstreik hat nicht ihren Kampfesmut geboden und ihre Siegeszuversicht bekräftigt, sondern das Centralkomitee der Auserhildler Bürgerlichen zu dem verzweifeltesten Entschlusse geführt, Wahlenthaltung zu proklamieren und den Sozialdemokraten unbitte den Kampfplatz zu überlassen. Genau gesprochen, hat natürlich nicht die Kassation diese unerwartete Wirkung bei den Bürgerlichen hervorgerufen, sondern die ob des Gewaltstreikes entstandene empörte Stimmung der gesamten Arbeiterschaft, die riesigen Protestversammlungen derselben und ihre eigene Entschlossenheit, am 31. August die elenden gewaltthätigen Gegner derart in die Flucht zu jagen, daß sie nicht mehr an ein Wiederkommen denken. Die kantonsräthlichen Staatsstreicher und ihre Auserhildler Ruffianen haben sich in Bezug auf die psychologische Wirkung auf die Arbeiterschaft gründlich geirrt; sie hatten

offenbar eine „erschütternde“ Wirkung erwartet, aber nun ist das Gegenteil eingetreten — erschüttert, mutlos und feige sind die „streichenden Staatsstreicher“, lampgeräusht und siegestroh die brutal verwegenen Arbeiter. Das genannte Centralkomitee begründete seinen feigen Rückzug mit zwei Protesten, einmal gegen den angeblichen Mangel an „geeigneten“ Maßnahmen bei der Neuwahl durch die Behörden und sodann gegen die Ansetzung der Neuwahl auf den 31. August, sie hätte später stattfinden sollen. Beide Proteste sind unbedeutend, denn in der That hat der Zürcher Stadtrat seinen Parteigenossen zuliebe Maßnahmen getroffen, die in schroffen Widerspruch zum Gesetz stehen und andererseits mußte man ja meinen, daß die Kabaumacher und Staatsstreicher längst ihre Vorbereitungen für eine Neuwahl getroffen hätten. Oder hatten sie gar nicht auf einen Erfolg ihres Schwindelretakes gehofft und waren von dem Staatsstreich des Kantonsrates überroht? Die Versammlung der Bürgerlichen hat nun aber Wahlbeteiligung beschlossen, aber nur mit 12 Kandidaten, da 15 eine nochmalige Kandidatur ablehnten, also Droute bei den „Siegen“. Die Sozialdemokraten notieren wiederum ihre 27 Kandidaten und sie werden siegen. —

### Rußland.

Heber den Rossland unter Industrie-Arbeitern berichtet die „Kreuz-Zeitung“: Aus dem Gouvernemente Nowgorod vernimmt man schlimme Nachrichten über die Rottage der Bevölkerung als Folge einer starken wirtschaftlichen Krise. Eine Anzahl Fabriken hat ihre Thätigkeit einstellen müssen, und andre stehen im Begriffe, es zu thun. Infolgedessen sind eine Menge Arbeiter erwerbslos geworden und befinden sich in großer Noth. Schon gleich nach Ostern wurden in mehreren Fabriken Hunderte entlassen und das hat sich nicht nur fortgesetzt, sondern wird noch mindestens bis zum Schluß des Jahres dauern. Es sind Tausende, die auf diese Weise brotlos geworden sind. Die Gesamtzahl wird mit Frauen und Kindern, die allerdings nicht alle in der Fabrik arbeiten, auf über 20000 Personen geschätzt. Die meisten von ihnen besitzen keine Landanteile, sie suchen ihren Erwerb nur in den Fabriken. Die Gouvernementslandwirtschaft hat sich mit dieser Frage in einer nur zu diesem Zweck einberufenen Versammlung beschäftigt, ist aber zu keinem rechten Ergebnis gelangt. Um das Elend der Arbeitslosigkeit zu mildern, will man öffentliche Arbeiten in den betreffenden Kreisen einrichten, aber dazu sind bedeutende Mittel erforderlich, und über die verfügt die Landchaft jedenfalls nicht. Man hat sich deshalb zunächst an die Regierung gewandt und um 150 000 Rubel gebitt, mit denen man für den Anfang etwas unternehmen zu können glaubt. Leider ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die Landchaft beim gegenwärtigen Geldmangel und der ohnehin starken Inanspruchnahme des Staatskassas diese Summe erhält. Das Elend, welches in Rußland herrscht, äußert sich auf den verschiedensten Gebieten. —

### Amerika.

Eine Entscheidungsschlacht soll wieder einmal in Venezuela bevorstehen. Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus New York gilt eine entscheidende Schlacht zwischen der Armee Castro und den Revolutionären als bevorstehend, da beide Teile unweit von Cumbró stehen. —

## Partei-Nachrichten.

Gänzlich unberechtigte Vorwürfe erhebt Genosse Hespand in wiederholten Artikeln seiner Korrespondenz für Parteiblätter gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Diese soll den Kampf für den Achtstundentag nicht genügend geführt haben, weil sie nicht einen ausführlichen Gesetzentwurf beantragt habe. Hespand meint u. a.: „Es ist nicht die erste Legislaturperiode, die unbeschäftigt abläuft!“ und er erhebt den Vorwurf, daß die Fraktion mit der bürgerlichen Reformimpulse Nebengeleise und so die Partei diskreditiere!

Es ist höchst erstaunlich, daß sich einige Parteiblätter finden, die diese gänzlich verkehrten Anschuldigungen kritiklos weitergeben. Wir haben keinen Anlaß, uns nochmals mit denselben zu befassen, da wir sie schon vor Monaten hinreichend in ihrer Richtigkeit erwiesen haben. —

**Zum Parteitag** sollten die Genossen des Wahlkreises Görlitz-Lauba folgende Beschlüsse:

1. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, vor den nächsten Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines A.-D.-M.-W.-Büchlein herauszugeben. In dem Büchlein sollen nur die für den Reichstagskampf (z. B. die Agitation am Viertel, bei der Flugblattverbreitung etc.) notwendigen Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht fasslich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Büchelchens soll bei Massenbezug 30 Pf. nicht übersteigen.

2. Der Parteitag wünscht, daß der „Wahre Jacob“ wieder, wie in früheren Jahren, mehr belehrende Artikel bringt.

**Reichstags-Kandidaturen.** Eine Kreisconferenz des Wahlkreises Duisburg-Mülheim-Ruhrort nominierte einstimmig den Genossen Hengsbach-Köln als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. — Auf einer Kreisconferenz in Iserlohn wurde der Genosse Redacteur Gewehr-Eibersfeld als Kandidat aufgestellt.

Für den hannoverschen Wahlkreis kandidiert nach den Beschlüssen der Kreisconferenz Genosse Henke in Bremen.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Zum Kampf gegen die polnischen Sozialisten.** Eine Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ hat vorgestern durch den obersten Grenzkommissar Wälder-Bentzen stattgefunden. Man fand nach den Manuskripten einiger Zeitungsartikel. Die Hausdurchsuchung hatte keinen Erfolg.

**Mit dem Vereinsgesetz** lebt der stellvertretende Amtsvorsteher in Groß-Rendorf bei Weig in Schlesien offenbar auf sehr gespanntem Fuße. In dem zu diesem Amtsbegleit gehörigen Dorfe Tschaplowitz sollte Sonntag, den 24. August, **vormittags**, eine öffentliche Steiner-Bersammlung stattfinden, die von Görlitz aus angemeldet war. Auf die Anmeldung erhielt der Einberufer statt des vorgeschriebenen Ammelbe-Beschlusses diese Mitteilung: Groß-Rendorf, den 20. 8. 02.

Herrn Göth. Diehle Görlitz.  
Zur gest. Kenntnissnahme, daß eine Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung in dem Lokal des Gastwirts Hildebrand in Tschaplowitz nicht erteilt werden kann, da für Sonntag, den 24. d. M., das Erntefest festgesetzt worden ist und in dem Saale des Herrn Hildebrand Tanzmusik stattfindet. Derselbe kann also kaum Ihnen den Saal für Sonntag zur Verfügung gestellt haben und bedürfte ich für einen späteren Fall eines schriftlichen Nachweises, das Ihnen der Gastwirt den Saal zur Verfügung stellt.  
Der Amtsvorsteher.  
Z. V.: Seidel.

Alle Vorstellungen ungeachtet blieb der Herr in Weig seiner Polizeiallmaht auf seinem ungeschicklichen Weisbe stehen. Dabei ist noch zu bemerken, daß der Wirt gar nicht daran dachte, sein Lokal zur der Versammlung zu verweigern; das Entsetz war ja auch kein Hindernis, da der Tanz natürlich erst abends war. Uebrigens war das Verbot der Versammlung infolge unwirksam, als sich die zahlreichen erschienenen Steinerer am Viertel über ihre Berufsklagen unterhielten.

So arbeitet die preussische Polizei eifrig an der Stärkung ihrer Autorität.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 29. August 1902.

Man darf sich nicht irren. Die Widerstandsfähigkeit der Spekulation, die schon im vorigen Wochenbericht konstatiert wurde, zeigte sich auch in dieser Woche und fand an der festen Tendenz

steigender Börsen Unterstützung. Dazu kam, daß man in den Börsenkreisen die Verhältnisse des amerikanischen Marktes wesentlich günstiger zu beurteilen beginnt. Die Nachfrage nach Futtermitteln auf dem amerikanischen Eisenmarkt hat sich zwar noch mehr vermindert, aber das Ernte-Ergebnis stellt sich nunmehr als ein die früheren Erwartungen beträchtlich übersteigendes heraus, und die bedeutenden Getreideversicherungen versprechen dem Verkehr neue Mittel zuzuführen und den Geldmarkt zu erleichtern. So schließt trotz der Geschäftsunlust, die sich wieder nach Beendigung der Schließung für den Reise gehenden Monat eingestellt hat, die Woche auf fast allen Gebieten mit Ausberühungen. —

Auf dem Viehmarkt sind die Preise noch immer im Steigen begriffen. Die Preise für Schweine stehen schon seit Jahresfrist außergewöhnlich hoch, trotzdem haben sie in letzter Zeit noch weiter angezogen, und auch die Preise für Rindvieh und Schafe sind seit einigen Wochen beträchtlich in die Höhe gegangen. Als Hauptursache muß die angeblich aus Gesundheitsrücksichten aufrecht erhaltene Grenzsperrbetachtung werden; doch ist es diese nicht allein. Es kommt hinzu, daß das laufende Jahr ein sogenanntes gutes Futterjahr ist, das infolge seiner reichlichen Futterproduktion dem Landwirt die Viehzucht erleichtert und ihn davon absehen läßt, manches Stück Vieh, das er im anderen Fall veräußern würde, zu verkaufen. Und drittens sind fast überall, selbst in den Vereinigten Staaten, die Viehpreise in den letzten Monaten mehr oder weniger in die Höhe gegangen, wenn sie natürlich auch jenseits der deutschen Grenze, in Rußland, Oestreich, Holland etc. noch immer um ein Beträchtliches niedriger sind als auf deutschem Gebiet. Die agrarische Presse will allerdings diese Wirkung der Einfuhr-Absperrung nicht zugeben und sucht nach allerlei sonstigen Gründen. Alles Gerede aber schafft nicht die einfache Thatsache aus der Welt, daß in den fremdlandischen Grenzgebieten, die an Deutschland stoßen, die Vieh- und speziell die Schweinepreise zwanzig bis dreißig Prozent niedriger sind und daher, wenn die Absperrung der Zufuhr aufhörte, die Preise des deutschen Inlandsmarktes sofort um ein Bedeutendes fallen würden.

Natürlich sucht die eine Erwerbsschicht der andern die Schuld an der Steigerung der Fleischpreise zuzuschreiben, unter der, wie immer, die Arbeiterbevölkerung am schwersten leidet. Die Agrarier schieben die Schuld auf die Viehhändler, und diese wieder im Verein mit den Fleischern auf die Landwirte, die nicht genug produzieren, um den Markt versorgen zu können, und doch an dessen Abkühlung gegen fremde Zufuhren festhalten. Eine Variation der Geschichte vom Hühn und Hahn, die alle beide stanken. Daß der Viehhändler, wo er kann, sein Geschäft machen und sich durch überflüssige Spekulation nicht stören läßt, ist bekannt, und ebenso darf man die Klagen der Schlächter nicht allzu schwer nehmen. Das „Offenbacher Abendbl.“ hatte leider recht, als es kürzlich meinte, die patriarchalischen Metzgereier dürften bei der Steigerung der Fleischpreise über das Notwendige hinaus nachgeholfen haben. Die Viehmarktquotierungen und ihr Vergleich mit den jetzigen Fleischpreisen zeigt, daß, wenn die Preise für Lebendgewicht um 4-5 und für Schlachtgewicht um 6-8 Proz. gestiegen sind, die Schlächter ihre Preise vielfach um 15 Proz. und mehr erhöht haben. Es ist kaum fraglich, daß mancher Schlächter, der gute bürgerliche Kundschäft hat, welche die verlangten Preise bezahlt und ihren Konsum nicht einschränkt, bei den heutigen hohen Preisen mehr profitiert als früher. Den kleinen Fleischern, die inmitten einer Arbeiterbevölkerung sitzen, geht es allerdings weniger gut. Der Preisanschlag läßt sich hier nicht so leicht durchsetzen, und vor allem hat jede Preissteigerung sofort einen Rückgang des Konsums zur Folge. Die Arbeiterfrau, die bisher regelmäßig 1/2 Pfund holte, muß sich einrichten, um an einem oder zwei Tagen der Woche gibt es ohne Fleisch zubereitete Speisen.

Mr. Roosevelt, der seine Repräsentationspflichten ebenso ernst nimmt, wie einst Felix Faure, macht zur Zeit nach dem Beispiel europäischer Herrscher Reisen durch sein Land und hält bei dieser Gelegenheit allerlei Reden — zwar nicht über alte und moderne Richtungen in der Kunst und über das Mediceische Zeitalter, aber über Trakt und Zollpolitik. Besonders seine am 23. d. M. in Providence (Rhode Island) gehaltene Rede bietet der Presse Stoff zu gefühlvollen Betrachtungen, in deren Verlauf der eine Teil zu der Folgerung kommt, Mr. Roosevelt beachtliche, sich dem Joch der republikanischen Partei mahngedenden Truismen zugeben und an das amerikanische Volk zu appellieren, um den Uebermut der Truisten zu brechen, während ein anderer Teil findet, das Herrn Roosevelts Rede noch mächtiger sei, wie sonst meist die Reden von Staatsoberhäuptern zu sein pflegen, und kaum einen andern Zweck haben dürfte, als durch seine, zu nichts verpflichtende Zugeständnisse an die Masse der Antitruistler billige Popularität zu erwerben.

Wo so verschiedene Folgerungen aus demselben Wortlaut gezogen werden, ist dieser gewöhnlich nicht gerade klar, und thatsächlich bietet das von Roosevelt Gesagte dem auch nur eine Paraphrase seiner Volkstaktungslehren vom vorigen Jahre. Wie in dieser Redefolge Roosevelt die industriellen „Combinations“ (Verbündungen) als höchst nützlich pries und nur eine gewisse Verantwortung verlangte, die jedoch mit „größter Zurückhaltung“ ausgeführt werden müsse, so heißt es auch jetzt wieder, unter den heutigen Verhältnissen sei es ebenso notwendig, Verbände in der Geschäftswelt zu haben, wie Organisationen unter den Arbeitern, doch hätte die Nation ein Recht, von beiden zu verlangen, daß sie „Gutes und nicht Böses stiften“. Deshalb wäre Vernunftmaßnahme nötig. Die Nation müsse die Macht der Kontrolle auf dem Wege der Gesetzgebung erhalten; aber diese Macht müsse „mit Mäßigkeit und Zurückhaltung“ ausgeübt werden.

Das ist nichts als ein Spielchen mit Redensarten, und wer daraus die Folgerung ableitet, es solle unter Roosevelts Führung die Truisten zum Angriff übergegangen werden, muß nicht nur von der Auffassung und Macht des Präsidenten, sondern auch von den amerikanischen Parteiverhältnissen eine seltsame Meinung haben. Charakteristisch ist, daß die im Dienst der Truisten stehende Presse sich zwar etwas verstimmt über die Redefolge Roosevelt zeigt, aber nicht etwa, weil sie meint, es könnten die obigen Phrasen die Einleitung zu einem ersten gesetzgeberischen Vorhaben sein, sondern weil sie der Ansicht ist, die Antitruistbewegung könne einzelne Sätze Roosevelts agitatorisch ausnützen. Und um ihrem „Manager“ (Geschäftsführer) für zukünftige Fälle etwas mehr Schweigen nahezu legen, fragen die Parteiblätter ziemlich offen, wer denn, wenn die Truisten nicht beschränkt, bei künftigen Wahlen die Kosten der republikanischen Wahlkassation tragen solle.

Als temperamentvoller Politiker, der sich trotz seines ausgeprägten Parteiparochismus gern dem amerikanischen Volk stellt, hat der über den Parteien thronende Volkrepräsentant zeigt, benutzte einfach Herr Roosevelt die Gelegenheit, den Leuten, die in den Preisstreikereien der Truisten ein Paar gefanden haben, zu erklären, daß auch er fände, die Truisten stifteten manchmal „Böses“ und daß gegen dieses Böse die Nation einschreiten müsse. Solche Zugeständnisse verpflichten zu nichts und machen doch Eindruck. Jedem ist nicht ausgetrieben, daß wenn ein wirtschaftlicher Rückschlag erfolgt und die Stimmung gegen die Truisten an Breite gewinnt, die demokratische Partei, da das Schlagwort vom „goldenen Kreuz“ und den fetten „Goldwangen“ nicht mehr zieht, die Parole: „Gegen die Truisten!“ ausgiebt, und in diesem Fall würde durch die billigen Deklamationen Roosevelts den Demokraten eine gute Brise aus ihren Segeln genommen.

Zeitungen, die Roosevelts „smarte“ (geriebene) Rede als Energie hin, daß er doch vom General-Staatsanwalt ein Gutachten über die Ungefährlichkeit der Verälmung der Korthern Pacific mit der Great Northern-Rahn empfangen habe, und daß er weiter sich in der Frage, welche Jokerschwärzungen Auda gewährt werden sollen, auf die Seite jenes Teils der republikanischen Partei geschlagen habe, der für die weitgehendsten Jollnachlässe sei. Kur wird dabei vergessen, daß obgleich der Generalstaatsanwalt die Verälmung der beiden Bahnen als ungefährlich bezeichnet hat, doch immer nichts von einem energischen Vorgehen gegen die Korthern Securities Co. (den zum Erwerb der Aktien der beiden Eisenbahnen gebildeten Trust) zu hören ist. Und was die kubanische Jollfrage anbelangt, so ist die republikanische Partei gespalten, und zwar sind es gerade die Großkapitalisten, die für die



Siebenter Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

München, 28. August.

In öffentlicher Sitzung wird heute zunächst in die Beratung der Agitation, Streiks und Presse in Verbindung mit dem Unterstützungswesen eingetreten.

Nach Begründung der in Betracht kommenden Anträge beginnt die Diskussion.

Man schilderte die Verhältnisse in den einzelnen Orten und die Schwierigkeit der Agitation in zurückgebliebenen Distrikten.

Von anderer Seite wurde eingewandt, daß der verhältnismäßig geringe greifbare Vorteil, den die Gewerkschaften aufzuweisen hätten, daher rühre, weil ihr Arbeitsgebiet ein viel zu umfangreiches sei.

Weitere Redner wünschten zusammen mit dem Ausbau des Lokalbeamten-Systems auch jenen des Gewerkschaften-Systems.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Tokales.

Wie die Hausbesitzer das Fett abzuschöpfen suchen. Der Bau des zweiten Rathauses, der für eine Reihe von Jahren Hunderte von Arbeitern beschäftigen wird, hat bei den Restaurateuren der den Banplatz umgebenden Straßen, der Stralauer, Jüden-, Parochial-, und Klosterstraße, begreiflicherweise die Hoffnung rege gemacht, daß ihnen in den nächsten Jahren eine reiche Ernte beschieden sein wird.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Aus der Frauenbewegung.

Skandalen jüdischer Arbeiterinnen in Russland.

In der Tabakfabrik von Luga u. Leiferowitsch in Dwinz!

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Man sprach über die Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.





# Zur Konfirmation empfehlen

# Peek & Cloppenburg Gertraudenstr. 26-27

Ecke Ross-Strasse

eine enorme Auswahl in schwarzen und dunkelblauen Anzügen,  
1- und 2-reihig.

<p><b>Oberweite 76—80 cm.</b></p> <p>9.50 11.50 13.50 15.50 18.50 21.— 23.50 25.— 28.— 30.— 33.50</p>	<p><b>Oberweite 82—86 cm.</b></p> <p>10.50 12.50 14.50 16.50 19.50 22.— 25.— 26.50 30.— 32.— 35.50</p>
---	--

Princip des Hauses: Dauerhafte Stoffe. Gediegene Arbeit. Guter Sitz.

**Grösstes Spezialhaus Berlins.**

Filialen: Amsterdam - Rotterdam - Haag - Utrecht - Düsseldorf - Groningen - Haarlem - Arnheim - Nymwegen - Leuwarden - Leiden - Breda.

## Gratis

erhält von heute ab jeder 25. Käufer (eines Herrenhutes von über 2,25 M.)

einen eleganten Herrenhut nach eigener Wahl im Werte bis zu drei Mark und wird die Verabfolgung der laufenden Nummern in Gegenwart des Käufers streng gehandhabt.

Die Preise sind streng fest, die Qualitäten nur aus den besten Materialien und dennoch 20—30 Proz. billiger wie in den Ladengeschäften.

Als besondere Neuheiten sind eingetroffen:

Herrenhüte, weiche u. steife Herbstformen 1902	2,50—3,50
Zylinderhüte, Herbstformen 1902	7,00—10,00
Chapeaux Claquees	7,00—11,00
Haarhüte la (echt Wiener)	5,00

Ferner offeriere eine große Auswahl weicher und steifer moderner Herrenhüte a 2,00.

**Hut-Engros-Geschäft von Alvin Sussmann**  
Holzmarktstrasse 38, parterre.

**M. Cohns Festsäle,**  
Beuth-Strasse 20. 48492\*

Einige Sonnabende und Sonntage für die bevorstehende Saison noch zu vergeben.  
Moritz Cohn.

Ein vorzügliches, gehaltreiches helles Bräu

## F. Happoldt's Tip-Top

in Flaschen und Gebinden.

Telephon IV, 9115

### Brauerei F. Happoldt,

Berlin S., Hasenheide 82/88.

Täglich Eingang der letzten Neuheiten!

**Unvergänglich günstige Gelegenheitsläufe!**

Kommandantenstr. 20

Weiche Herren-Hüte von 1,65 bis 4,80 M.  
Steife Herren-Hüte von 1,87 bis 4,80 M.  
Echte Haar-Hüte 4,75 M.  
Cylinder-Hüte von 3,97 bis 8 M.  
Jagd-Hüte 1,98 M. (40152)\*

Kommandantenstraße 20.

Noch nie so billig

somit jetzt Vorrat kaufen.

100 St. Geisler's. Briquets 6 Zoll 0,50  
100 „ Riesentafel . . . 7 „ 0,60  
ungepackte Drehtafeln, Centner . 0,05  
1 Scheffel Rüb II Königshüte . 0,85  
1 Gekt. H. gemahlener Gusskaff 1,10  
Zum Abholen borge 25 Handwagen.  
Im Haus bei 3000 Stk a 1,25 M.  
mehr. **Josef Fischer,** Mitte  
Brombergerstraße 19. 4505\*

**Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.** 4853L

**Anzüge nach Mass von 25 Mk. an**

**M. Schulmeister, Schneidermeister,**  
Dresdenerstr. 4, | Hauptstrasse 143  
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

## Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

Restaurant, gutgehend, großer Anseh, billige Miete, umständlicher sofort zu verkaufen. Zu erkragen bei M. Wengels, Große Frankfurterstraße 133. 437\*

Drechselerei, elektrischer Betrieb, große Kundchaft, wegen Todesfall sofort zu verkaufen, Frau Rutsche, Langestraße 62. 1704b\*

Zwei Oberbänke mit Werkzeug wegen Verzug nach außerhalb billig zu verkaufen, Schöneberg, Kollnbuschstraße 20. \*

Teppiche mit Farbenfeiern, Fabriküberläge Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutem Schnitt von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Frankstraße. 12088\*

Vorjährlige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 12429\*

Herrenanzüge, feinste Stoffe, welche von der Saison zurückgelassen, fertige nach Maß von 25,00 an. B. Kowtow, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a, I. 12218\*

Können Sie einen Sohn einlegen, so kaufen Sie den Anzug am besten bei Hermann Schiefinger, Turmstraße 65. Sie bekommen gute Daten zu billigen Preisen, ohne daß mehr gefordert oder etwas nachgelassen wird. Referent des Sparvereins Nordwest. 12568\*

Zwarverein Nordwest. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß ich nicht bloß auf fertige Herren- und Knabenanzüge, sondern auch auf Knabenanzüge Marken verarbeitete Hermann Schiefinger, Turmstraße 65.

Große Auswahl in Stoff- und Gemmet-Knabenanzügen, Hosen, Knabenhüten billigst. Aufnahmen gratis. Referent: Konsum Südost, Wickenau, Sorauerstraße 20, parterre.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etwa 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutfahrt, Comptoir, Raststraße 25A, früher Bornumstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. 11978\*

Mauerwerk vorzüglich, Gutsgehalt, Potsdamerstraße 61. 12492\*

Teppiche! (sehrerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Gutsgehalt, Markt 4, Bahnhofsstraße. 11978\*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Reparatürkisten, Leinwand, Alexanderstraße 6. Teilzahlung gestattet. 3419\*

Bestfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt dänische Mandarinenbäume, Pfund 1,90. Fabriklager, Landwehrstraße 37, I. 12008\*

Möbel in allen Preislagen liefert billig und gut Karl Jüling, Tischlermeister, Mariannenstraße 46. 12658\*

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I. Ecke Ritterstraße. 15678\*

1200 Stück feinstgefechtete Wäsche zum Verkauf, Central-Büchhof, von 2,50 an, Eldenstraße, vis-a-vis Reichmannt Gebäude. Bestfedern, weiche Damen- und große, von 60 Pf. bis 2,50 pro Pfund. Selt. 351\*

Freitische 8,00, Rege Dusch 4,00, Wandbüchsen, Schellenbänder, Schellen, Große Frankfurterstraße 13.

Einsegnungs-Anzüge, neueste Facons, in blau und schwarz, Samt, garn und Gestalt. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Frankstraße. 12708\*

Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter constanten Bedingungen. Abzahlungen ab Jahre verteilt. Rege, Javalienstraße 38, nahe Charlottenstraße. 12752\*

Rähmaschinen ohne Anhang, Noche 1,00, vermietet gewesen 12,00. Röhmaschinen 60/61, Landwehrstraße 82, I. 491\*

Steppdecken billig Fabrik, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*

Fahrräder, verfallene, Sillonschlau wegen Käufern, neuer, neue Räder 65—75,00, großartige Modelle, gebrauchte Räder in jeder Preisklasse und jeder Marke von 25,00 an. Reinhardt günstige Gelegenheitskäufe in kolossal Auswahl. Fahrrad-Verkauf, Neue Schönhauserstraße 11. 12762\*

Möbel, drei Zimmer, darunter Tischstisch, elegant, 38,00, Tischstisch, Schenkensystem 35,00, Vanele, wenig benutzt, 60,00, Tischspiegel, Wandbreiter, Tisch, Rohrschale 3,00, Spiegelbild, Verisio, Kleiderkasten, verschiedenes, räumungshalber spottbillig, Gartenstraße 148 I links. 4138\*

Einsegnungs-Anzüge, Große Frankfurterstraße 16, August Köhler.

Prospecte, Tischlerei mit feinsten Möbeln und massivem Wohnhaus, 5 Meilen von Berlin, ist sofort oder später zu verkaufen. Offerten unter H. 4, Expeditions dieser Zeitung.

Reparatur zu verkaufen, Miete 1100 Mark, Ritter, Kollnbuschstraße 40.

Grüntraumgeschäft zu verkaufen, Gröfstraße 28. 1706\*

Wasserklosetts, Ofen und Gemälde-Geschäft billig veräußert, Kopernikusstraße 6, nahe Ringbahnhof, Schönbauer Allee. 1711b

Oberbänke, Röhspind, Gebaner billig Dienst, Wegstraße 76.

Wappstühle, Beschneidemaschine, Tisch, Regale verkauft Sonnabend, Dresdenerstraße 127 vom IV. 1711b

Mästerei, alle, zu vermieten, Fidiensstraße 29. 47158

Musikschule Stallstraße 116a, monatlich vier Mark. 16725\*

Rechtsbureau, Habsch, Andreassstraße dreizehn, Rechtschilfe, Eingabengesuche, Materstellung. 16908\*

Kostenfreie Zahnärztliche Behandlung, Zahnärztliche Rechtschilfe, Gausstraße 1a. 12078\*

Kunstloperel von Frau Kollnbusch, Steinwegstraße 48, Quergebäude, Eckparterre. \*

Königliche Pfandkassens, Lagerkassens, Privat-Pfandkassens, alle Beständen leicht, laut höchstehend, Versteigerung Friedrichstraße 151 D, 1. Etage (Bahnhof Friedrichstraße). 12078\*

Fahrradverkauf, Kollnbusch, Schönbauer Allee 163 a. 11978\*

Metalldruck aller Art laut Broderich, Oppelsstraße 16. 44\*

Multiflexion! Wer sich über diese rudiologische Grausamkeit mehr Zeit unterrichten will, verlange die Prospektblätter des Weidmanns gegen Multiflexion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierparkverein, Königstraße 108. Um gütigen Abend wird gebeten. 1611b\*

Zahl, Vereindämme zu Verfassunglungen und Störungen noch frei, Javalienstraße 10. Januar. 12592\*

Bereidungszimmer für 50 Personen noch einige Tage frei, K. Viefäper, Weinmüllerstraße 97. 15308\*

Rechtsbureau, Prospekt, Eingabengesuche, Materstellung, Hall, Brunnenstraße vierzig. 1733b

Möbliertes Zimmer (separat), Wische, Kommandantenstraße 61, vorn IV. 17108

### Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle für 1 auch 2 Herren bei Frau Hina, Weichstraße 15, Aufgang I.

Schlafstelle, separat, bei Kollnbusch, Rindauerstraße 47, vorn III. 17025\*

Möbliertes Schlafstelle, Herrn, 7,50, Grünweg 70, vorn III links.

Ältere Frau kann mit einwohnen. Doppel-Allee 24 part. 468

Schlafstelle, Herrn, separat, Köhlerstraße 18 vorn III, Bergmann, 72/20\*

### Arbeitsmarkt.

#### Stellengesuche.

Buchdrucker-Invalide, 35, schriftgewandt, guter Zeichner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerstraße 12.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Innalbenrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Seher, Oranienstraße 200 bei Friedr. Sch. 1714\*

Älterer Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen gesucht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mutladstraße 27, K. Wäfer.

#### Stellenangebote.

Klempner - Lehrling verlangt, Weichstraße 41. 1692b

Suche eine Person, welche mein Material, Grüntraum, etc. Geschäft, für denmalige Betragen, selbstständig zu leiten vermag, Ware in eigener Rechnung. Offerten unter J. 4 an Expedition dieses Blattes. 1714b

Gravurelehrling verlangt, K. Wäfer, Charlottenstraße 82a. 17125\*

Ein geübter Eisenarbeiter, welcher eventuell auch etwas Tischlerarbeit machen kann, wird sofort verlangt bei J. Sachs, Engel-Ufer 19.

Monteur, älterer, erfahrener, für Feinwerkzeuge verlangten Tischler u. Schenker, Brandenburgstraße 81.

Lehrling für das Berggoldgeschäft verlangt K. Westmeister, Goldschmiedefabrik, Schmiedstraße 8a. 1717b

Arbeitskräftiger verlangt Weidner, Weißbaderstraße 92. 1722b

Parfumschneider - Arbeiterin verlangt Franke, Köhlerstraße 12. 491

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorzuhebende Anzeigen sollen 10 Pf. pro Zeile

### Achtung! Holzarbeiter!

Werper sind folgende Verhältnisse für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Holzerer:

K. Schulz, Kronstr. 18/19.  
Gemeinlich, Dierichs, Köhlerstr. 33.  
Kittel u. Friedrichs, Köhlerstr. 43.  
Kittel u. Friedrichs, Köhlerstr. 59.  
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Weidmann-Ufer 6.  
Lutz u. Engelbrecht, Weidmann-Ufer 6.  
Golt u. Freymann, Holzmarktstr. 11.  
Gulke, Kroll u. Co., Marquardstraße.

### Die Crösöverwaltung.

### Achtung! Holzarbeiter.

In der Müllerei von E. Schirn, Weidmann, Königschaussée 74, haben sämtliche Gefellen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt.

Zugang ist streng fernzuhalten. 87/14\* Die Crösöverwaltung.

### Achtung, Maurer! Köpenick!

Den organisierten Kollegen zur Mitteilung, daß die Firma Sabelat gelovert ist.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Köhler in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.